

Grußwort



Liebe Lesende,

zu den größten Herausforderungen unserer Zeit gehören die drei globalen ökologischen Krisen: die Klimakrise, die Verschmutzungskrise und die Zerstörung der biologischen Vielfalt. Ohne schnelles und weitreichendes Gegensteuern werden sie voraussichtlich langfristig die Möglichkeiten für menschliches Leben auf der Erde drastisch verschlechtern.

Eine ökologisch orientierte Weiterentwicklung der Rechtsordnung und Jurist*innen, die sich engagiert und kompetent mit juristischen Mitteln für den Erhalt der natürlichen Umwelt auf unserem gemeinsamen Planeten einsetzen, sind daher enorm wichtig. Ich habe mich deshalb sehr gefreut zu erfahren, dass sich die Frankfurt Law Review in dieser Ausgabe dem Thema Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit im Recht widmet.

Die globale Umweltrechtsorganisation ClientEarth, bei der ich arbeite, nutzt die Mittel des Rechts strategisch, um besseren Umweltschutz zu erreichen. Zu unserer Arbeit gehören strategische Klageverfahren oder juristischer Input in umweltrelevante Gesetzgebungsverfahren. Andere Organisationen verfolgen – in Deutschland wie international – ähnliche Ansätze. Die juristischen Erfolge, die ClientEarth und andere Organisationen hatten, zeigen, dass das Recht in der Tat ein wirkungsvolles Instrument für den Erhalt unserer Umwelt sein kann. Beispiele sind erfolgreiche Klagen gegen die deutsche und britische Regierung wegen zu wenig ambitioniertem Klimaschutz und der voraussichtlichen Nicht-Erreichung von Klimazielen oder ClientEarth's Erfolg vor Gericht gegen das Greenwashing der Fluglinie KLM.

Gleichzeitig gibt es viele Situationen, in denen – in der Politik, in Behörden, in der Wirtschaft, vor Gericht – Umweltinteressen ein weniger hohes Gewicht eingeräumt wird als anderen Belangen. Daher ist es wichtig, nicht allein auf die Nutzung des Rechts für besseren Umweltschutz zu setzen, sondern rechtliche Ansätze klug mit anderen zu kombinieren. Strategische Klageverfahren sollten idealerweise auch politische Diskurse in die richtige Richtung beeinflussen. Der Sachverstand von Naturwissenschaftler*innen ist nötig, um Kausalitäten in umweltbezogenen Gerichtsverfahren nachzuweisen. Klimaaktivist*innen, die mit ihren Aktionen auf der Straße politischen Druck erzeugen

und Themen auf die politische Agenda heben, brauchen manchmal Jurist*innen, die sie gegen Repression verteidigen. Und nicht zuletzt sind demokratische und rechtsstaatliche Institutionen in Deutschland wie anderswo verstärkt Angriffen ausgesetzt, oft von Seiten derselben rechtspopulistischen und rechtsextremen Akteure, die beispielsweise auch den (menschengemachten) Klimawandel leugnen und gegen umwelt- und klimapolitische Maßnahmen Stimmung machen. Deswegen haben sich in letzter Zeit viele zivilgesellschaftliche Umweltorganisationen klar gegen solche rechten Haltungen und Akteure positioniert.

Es gibt viel und vielerlei zu tun.

Ich wünsche daher zunächst viele spannende Erkenntnisse bei der Lektüre – und dann: go (young) lawyers, let's fight for our future!

Christiane Gerstetter

Anwältin und Geschäftsführerin von ClientEarth Deutschland